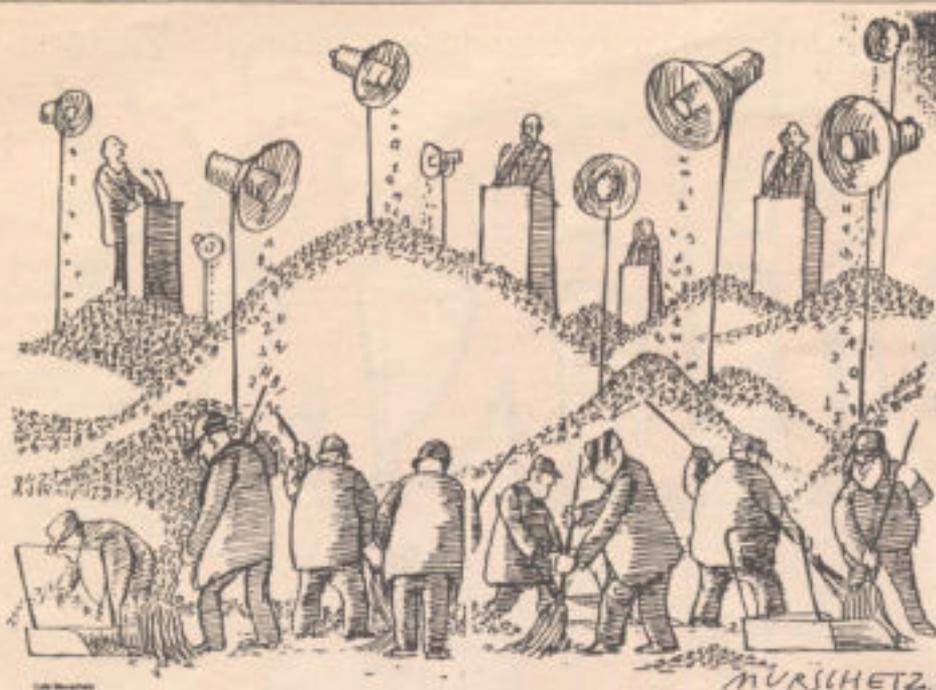


SPERRE



Aufschwung '94

Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie das Märchen von den blühenden Landschaften oder fragen Sie Ihren arbeitslosen Nachbarn.



MURSCHEZ

LESERBRIEF vom 24.08.94

Arbeitslos und Sozialhilfeempfänger? Jetzt bist Du dran!

Schon lange läuft die Kampagne der satten Lobbyisten in der Regierung Kohl gegen die Opfer der strukturellen Massenarbeitslosigkeit in unserem Land. Bitter genug für die Betroffenen, sich an alltägliche Entbehrungen und Armut gewöhnen zu müssen. Denn Armut, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit sind längst ein Massenschicksal im "reichen Deutschland" und kein individuelles Versagen, wie uns seine Verwalter einreden wollen.

Im Rahmen der Wahlkampagne der CDU/CSU soll nun den Opfern, den Sozialhilfeempfängern, den Ausgegrenzten und Abgeschlagenen im Kampf um die materiellen Vorteile, ein schlechtes Gewissen einge-redet werden, weil sie sich und ihre Angehörigen nicht selbst versorgen können. Das Bild vom Mißbrauch des sozialen Netzes wird wieder beschworen. Die Betroffenen werden als Arbeitsverweigerer, Paulenzer und Sozialschmarotzer beschimpft, die den fleißigen Bürgern unnötig auf der Tasche liegen. Denn Arbeit, so hört man es an deutschen Stammtischen dieser Tage, gebe es genug und wenn es gelte, den Wald zu fegen. Die Absicht dieser Kampagne ist dabei eindeutig:

Es soll ein Prozeß der Entsolidarisierung eingeleitet, ein Kell getrieben werden zwischen den arbeitsplatzbesitzenden zwei Dritteln und dem arbeitslosen und auf soziale Sicherung angewiesenen Bevölkerungsteil.

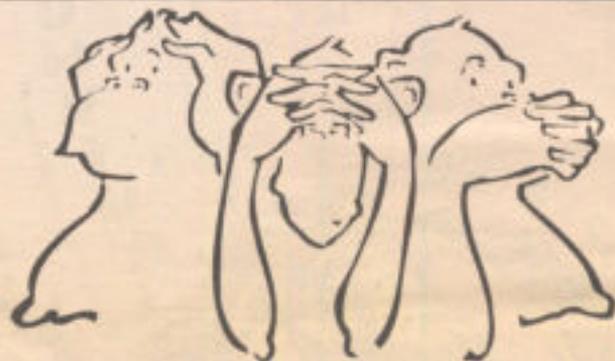
Wenn man es schafft, den Abgeschlagenen und Ausgegrenzten ein schlechtes Gewissen für ihre verachtete Position einzureden, dann ist das System perfektioniert, der Geist des Widerspruchs gebrochen und die Chance zum Umdenken vertan.

Als "Wahlvolk" gelten Sozialhilfeempfänger längst als unsichere Klientel und als Hort der Protestwählerschaft.

Das ist wohl ein Grund ihrer unverhohlenen und schamlosen Verunglimpfung als Verweigerer im gnadenlosen Ausleseprozeß, dessen

Leistungsmaximen in den Gefilden der "freien" Wirtschaft gesponnen werden. So soll in Zukunft jeder Sozialhilfeempfänger für gemeinnützige Arbeit herangezogen werden können und jedes nur erdenkliche Stellenangebot annehmen müssen. Andernfalls, so droht der Gesetzgeber, stehe die Kürzung der Sozialhilfe "in empfindlicher Höhe" (um 40%) für die Betroffenen ins Haus. Klar ist, daß jede Kürzung den Betroffenen die Existenzgrundlage entziehen kann und daß die meisten von ihnen in einer verzweiferten Zwangslage stecken. Wieviele Existenzen durch weitere Zwangsmaßnahmen buchstäblich auf die Straße gepreßt werden, steht noch in keiner Statistik.

gez. Bernd Conrad



Habt Ihr nichts zu sagen ???

Impressum
Herausgeber:
Arbeitslose brauchen
Medien e.V.
Adresse:
Achtermannstr.7
48143 Münster
Tel: 0251/611121
Redaktion:
Anne Besse,
Claude Delattre,
Andrea Schwiebert
Michael Weist
Uwe Wiedenstried
Ulrich Wiens,
Weitere Mitarbeiter:
Norbert Attermeyer;
Arnold Voskamp
(V.I.S.d.P.)
Fotos:
"Gegenlicht"
Anne Besse
Karikaturen:
Elefantenspress-
Karicartoon
u.a.
Titel:
Idee: Wiens
Graphik-Design:
Ulrich Steinrücke
auf McIntosh
Druck:
Lensing-Wolff
Neubrückenstr.8-11
Auflage:
15000
Spendenkonto:
BfG-Bank BLZ:40040111
Kto.-Nr.:1021213400

Ausgerechnet zur Pflaumenkuchenzeit

Zum Kommunalwahlkampfsmotto "Schwärmt für die CDU":

Die "flotte Biene" schwärmt um die Laternenmasten. Sie soll ein Liebesbekenntnis zu Münster sein, so CDU-Mann Claus Steinrötter. Der Einfall ist nicht schlecht.

Allerdings erinnert mich dieses schwarz-gelbe Geschöpf eher an eine stichlustige Wespe als an ein fröhlich summendes Bienechen. Und bei aller Liebe zur Natur muß ich doch gestehen, daß ich gerne darauf verzichte, daß diese Tierchen mich umschwärmen. Gerade jetzt zur Pflaumenkuchenzeit, wenn ich auf der Terrasse die Früchte meiner Arbeit genießen will, sind sie doch eine echte Plage.

Aber ich kann mich trösten. Wie jeder Imker weiß, haben diese Insekten, egal ob Bienen oder Wespen, eine Lebenserwartung von zwei Monaten. Mitte Oktober wird es also mit der Schwärmererei vorbei sein. Bis dahin werde ich es wohl noch aushalten ...

Albert Middei, Leserbrief vom 17.08.94



KARL HOLL

Dem Wachstum geht die Arbeit aus Die Aufschwunglüge

Seit nunmehr 12 Jahren betreibt die Bundesregierung Arbeitsmarktpolitik nach dem Motto: "Hauptsache der Markt wird's schon richten!" Und ganz so wurde auch Politik gemacht: Spitzensteuersätze wurden gesenkt, die Unternehmensbesteuerung wurde heruntergefahren, und das dafür nötige Geld bei Arbeitnehmern und sozial Schwachen wieder abkassiert. Die Zahl der Millionäre ist stark angestiegen, genauso wie die Zahl der Sozialhilfempfeänger und Obdachlosen. Diese Politik soll fortgesetzt werden. Aber möglichst so, daß der Wähler nichts merkt. Wo "blühende Landschaften" ohne Steuererhöhungen schon einmal den Horizont vernebelten, soll nun der Aufschwung das

Seinige tun. Kaum eine Woche vergeht, in der die Regierung vereint mit den Arbeitgeberverbänden nicht ins gleiche Horn tutet. Die Botschaft ist immer die gleiche: Aufschwung ist für alle da, und - Aufschwung nur mit uns. Da kann der Kanzler es sich schon mal leisten, ganz staatsmännisch festzustellen, daß der Aufschwung noch nicht so ganz da ist, aber auf jeden Fall kommt, und solange nur wir am Ruder sind usw... Was auffällt ist, daß vom Aufschwung erst nach den Tarifverhandlungen gesprochen wurde. Vorher durfte es ja noch nicht soviel davon geben, die Arbeitnehmer mußten ja noch eine Nullrunde hinnehmen. Doch jetzt gibt es kein Halten mehr. Dabei ist die Botschaft so

schlicht, wie sie dumm ist, denn die Probleme kann der Aufschwung, so er denn kommt, nicht lösen.

Aufschwung ohne neue Arbeitsplätze

In den vergangenen 12 Jahren ist es in Zeiten von Hochkonjunktur und sprudelnden Unternehmensgewinnen nicht gelungen, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Und auch das jetzige leichte Anziehen der Konjunktur findet nach übereinstimmender Aussage von Wirtschaftsexperten ohne zusätzliche neue Arbeitsplätze statt. Ganz im Gegenteil: für dieses Jahr ist mit einem erneuten Anstieg der Arbeitslosenzahl zu rechnen, positive Konjunkturdaten gehen eben häufig einher mit Rationali-

sierungen. Beispiel Handwerk: Die Auftragsgänge sind gegenüber dem vergangenen Jahr um drei Prozent gestiegen. Besonderer Vorreiter ist hierbei das Bauhandwerk. Gleichzeitig wurden Arbeitsplätze um mehr als ein Prozent abgebaut. Beispiel Daimler-Benz: Mercedes kann ein kräftiges Plus in die Auftragsbücher schreiben, gleichzeitig wurden 10000 Stellen abgebaut. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Dessen ungeachtet baut die Bundesregierung "arbeitsmarktpolitische Instrumente" wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungen ab und feiert "Aufschwung nur mit uns". Wenn aber die Arbeitsmarktpolitik der Regierung unter besten konjunkturellen Voraus-

setzungen über 12 Jahre nicht funktioniert hat, warum sollte sie denn ausgerechnet jetzt funktionieren?

Regierung feiert

Die Antwort ist klar: Wahlen stehen vor der Tür. Und wenn man schon bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keine positive Bilanz vorweisen kann, so kommt etwas Nebulöses wie der Aufschwung gerade recht. Wir erinnern uns: 1981 trat der damalige Oppositionsführer Kohl im Parlament nach vorne und forderte Bundeskanzler Schmidt auf, zurückzutreten. Begründung: "Sie sind der Kanzler der Arbeitslosen!" Waren das noch Zeiten. Zu diesem Zeitpunkt gab es 1,5 Millionen Arbeitslose, so wenig sollten es nie wieder werden. Heute werden im Jahresdurchschnitt 2,6 Millionen Arbeitslose in Westdeutschland gemessen, absoluter Höchststand in der Nachkriegszeit. Und

was sagt die Bundesregierung? - Der Aufschwung kommt!

Da liegen Fußball und Politik dann doch eng beieinander: Kanzlerfreund Bertl Vogts hat ja selbst die bescheidensten Spiele bei der WM noch schön-geredet. Bis es dann nicht mehr ging. Was in der Mannschaft fehlte, war einfach die Leistungsbereitschaft, das kreative Spiel, statt des ewigen "weiter so!". Auf diese Leistungsbereitschaft, auf dieses kreative Spiel in Sachen Arbeitsmarktpolitik warten Arbeitslose bei der Bundesregierung seit 12 Jahren vergebens. Und die Chancen, daß sich daran noch etwas ändert, sind äußerst gering, zu sehr wurden Arbeitslose regierungsamtlich in letzter Zeit als potentielle Kriminelle hingestellt, als Leistungsschmarotzer und "Drückeberger". Da entsteht dann doch der Eindruck, daß diese Regierung die Arbeitslosigkeit nicht mehr abbauen will oder kann. Sie scheint eher nach zwölf-

jährigem Zuschauen kapituliert zu haben, und versucht nun, das Phänomen Massenarbeitslosigkeit zu verharmlosen. Im Freizeitpark Deutschland sind die Arbeitslosen eben immer lustig, nicht wahr, Herr Kohl?

Um im Sport zu bleiben: Im Sport gewinnen hin und wieder die Besseren, in der Politik meistens die Besserverdienenden. Auch diesmal?

Wir meinen: Es ist höchste Zeit für den Abpfiff.



DAS DRÄNGENDSTE WIRTSCHAFTSPROBLEM in den westlichen Industriestaaten ist die Arbeitslosigkeit. 1994 blieben voraussichtlich über 35 Millionen Menschen ohne Arbeitsplatz, ein Anstieg um mehr als zehn Millionen allein in den vergangenen vier Jahren. Zwar wurden auch viele Arbeitsplätze neu geschaffen, aber nicht genug, um den Sockel von Arbeitslosen abzubauen. 82

PATENTE IDEEN ARBEITSPLÄTZE DURCH PATENTE IDEEN ARBEITSPLÄTZE DURCH PATENTE

Hallo Leute,

wir, 14 Arbeitslose in Münster und Umgebung, wollen versuchen, durch eigene Initiative Arbeitsplätze zu schaffen. Aber wie wollen wir das machen? Wir setzen uns zusammen und erarbeiten gemeinsam Ideen und neue Vorhaben, die uns im Hinblick auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen erfolgversprechend erscheinen. Eine Idee ist z.B. die Entwicklung, Herstellung und der Vertrieb neuartiger Recycling-Briefumschläge.

Diese Briefumschläge haben gegenüber den herkömmlich recycelten erhebliche Vorteile: Einsparungen von Wasser, Energie, Klebstoff und chemischen Zusätzen. Diese Idee haben wir als Patent angemeldet. Jetzt geht es darum, die Briefumschläge herzustellen und zu vertreiben. So schaffen wir Arbeitsplätze für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

Ein weiteres Projekt, an dem wir arbeiten, ist der Aufbau eines neuen La-

stentransportsystems in Münster. Dieses System wird dazu beitragen, Abgase und damit die Ozonbelastung zu verringern.

Es gibt noch weitere Projekte, ca. ein Dutzend, die wir auf ihre Machbarkeit hin diskutieren und überprüfen.

Um unsere Ideen zu verwirklichen, haben wir einen Verein gegründet: Den "Förderverein Blaue Gemeinschaft". Wir treffen uns

regelmäßig donnerstags von 14.00 bis 16.00 h in den Räumen der SPERRE, Achtermannstr. 7, in Münster. Wer Interesse hat, kann uns gern einmal besuchen und sich die Sache anschauen oder auch eigene Ideen mitbringen.

Obrigens: Bei der Entwicklung neuer Arbeitsplätze haben wir uns auf einige grundsätzliche Regeln festgelegt:

- Wir wollen keine Hierarchie von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie es in der freien Wirtschaft üblich ist.

- Wir wollen diejenigen, die mit den Händen arbeiten und diejenigen, die mit dem Kopf arbeiten, gleichstellen.

- Wir wollen möglichst viele Arbeitsplätze schaffen, bei denen die Verdienste hoch genug sind, um ein vernünftiges, materiell sorgenfreies Leben zu führen.

- Wir wollen keine Arbeitsplätze schaffen, bei denen sich einige eine goldene Nase verdienen und andere am Existenzminimum herumknabbern müssen.



Bis dann,

Olaf Hagedorn



Wer's glaubt, wird selig

Die "Berliner Erklärung zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000"

"Fürchtet Euch nicht. Siehe, ich verkündige Euch große Freude, die allem Volk widerfahren wird". Auf die Einlösung dieses Versprechens wartet die Menschheit seit fast 2000 Jahren.

Christine Bergmann (SPD) ist zwar nicht der Engel des Herrn, sondern nur Berliner Senatorin für Arbeit und Frauen und - so es die Stimme des Volkes will - ab dem 16. Oktober Bundesministerin, aber das Evangellum, das sie jüngst auf dem Berliner Fachkongress "Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors" verkündete, verheißt uns Arbeitslosen ein ähnlich großes Wunder. In schlichter Demut heißt ihre frohe Botschaft: "Berliner Erklärung zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000".

Mit halben Sachen gibt sich die gute Hirtin aber nicht zufrieden. Zehn Jahre später will sie auch die letzten verlorenen Schafe heim ins Arbeitsparadies holen.

Vier Strategien weisen uns den Weg zurück in den Garten Eden:

Ökologisches Modernisierungsprogramm

Nach Strategie I sollen zusätzliche öffentliche Investitionen von ca. 40 Mrd. DM pro Jahr ein langfristig angelegtes, hauptsächlich ökologisch orientiertes Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm zum Laufen bringen. Das Geld soll vor allen Dingen in die Förderung transeuropäischer Informations-, Verkehrs-

und Energienetze, in Forschung und Entwicklung, in den Wohnungsbau, das Gesundheitswesen und die Umweltsanierung fließen.

Gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Arbeitgeber

In Strategie II appelliert Frau Bergmann an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung privater und öffentlicher Arbeitgeber: Kehrt ab "vom bisherigen üblichen Managementhandeln ... wo die ökonomische Zuflucht in einer möglichst drastischen Verringerung der Arbeitskosten gesucht wird". Seid Ihr nicht zu dieser "Personalpolitik gegen den Trend" bereit, so sollen Euch die negativen Folgen von Entlassungen selbst treffen: Langfristig wird so Euer betriebliches Erfahrungspotential zerstört und

das termingerechte Liefern Eurer Waren gerät in Gefahr, wenn kaum noch jemand da ist, der für jene einspringen kann, die wegen Krankheit oder Urlaub fehlen. Müßt Ihr aber doch einmal entlassen, so sollen die Sozialplanmittel den Entlassenen nicht als klingende Münze, sondern für zielgerichtete Qualifizierung und Existenzgründungen zugute kommen. Ansonsten seid Ihr gehalten, durch moderne Methoden der Personalführung und -entwicklung das innovative Leistungspotential Eurer Beschäftigten zur Entfaltung zu bringen.

Arbeitsumverteilung

Strategie III setzt auf die verschiedenen Varianten der Arbeitsumverteilung: Verkürzung der Wochenarbeitszeit um drei Stunden,

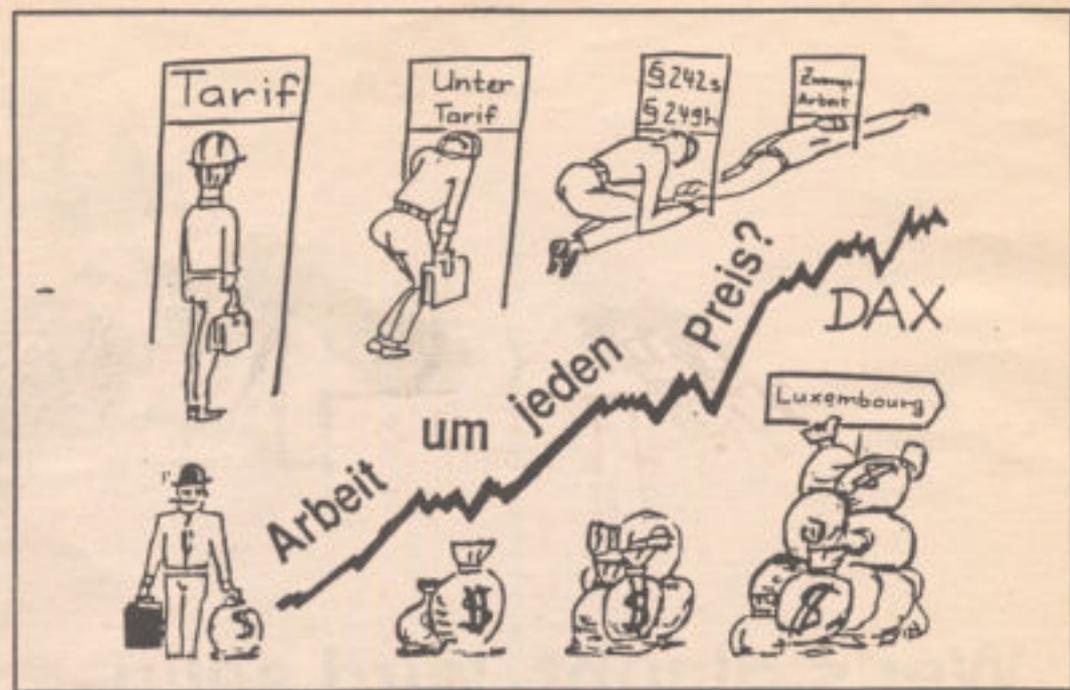
Halbierung der Überstundenzahl, Umwandlung von Zuschlägen für Nacht- und Feiertagsarbeit in Freizeitausgleich, vermehrte Unterbrechung der Erwerbsphasen, Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung.

Öffentlich geförderte Beschäftigung und Qualifizierung

Mit Strategie IV, dem Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung und Qualifizierung, soll der erste Arbeitsmarkt um bis zu 2 Mio. Menschen im Jahr entlastet werden. D.h. im Klartext: mehr FuU-Maßnahmen, höheres Unterhaltsgeld, mehr ABM, stärkere Projektförderung nach §§ 249h und 242s AFG, stärkere Förderung von Existenzgründungen für Arbeitslose, mehr Geld für präventive innerbetriebliche Qualifizierung und für den Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern.

Zu schön, um wahr zu sein

Das alles klingt vernünftig. Besonders dort, wo es konkret wird, wie in Strategie IV, finden wir Arbeitslose Gründe genug, von einer SPD-geführten Bundesregierung mehr zu erwarten als von der jetzigen. Das Programm soll auch gar nicht soviel kosten: schätzungsweise 82 Mrd. DM pro Jahr zwischen 1995 und 2000. 70 Mrd. davon sollen jährlich über



eingesparte Kosten für Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe und Über-Mehreinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen wieder hereinkommen. Macht netto 12 Mrd. DM pro Jahr. Das sollte uns die Halbierung der Arbeitslosigkeit wert sein. Schließlich macht das nur 1 Prozent des öffentlichen Gesamthaushaltes aus. Rein rechnerisch lassen sich so vielleicht tatsächlich "insgesamt mehr als 3 Millionen" zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die Prognos AG hat bis zum Jahr 2000 6 bis 7 Millionen Arbeitslose in Deutschland

vorausgesagt. Diese Zahl wäre damit tatsächlich halbiert. Und dennoch: Es ist mal wieder zu schön, um wahr zu sein.

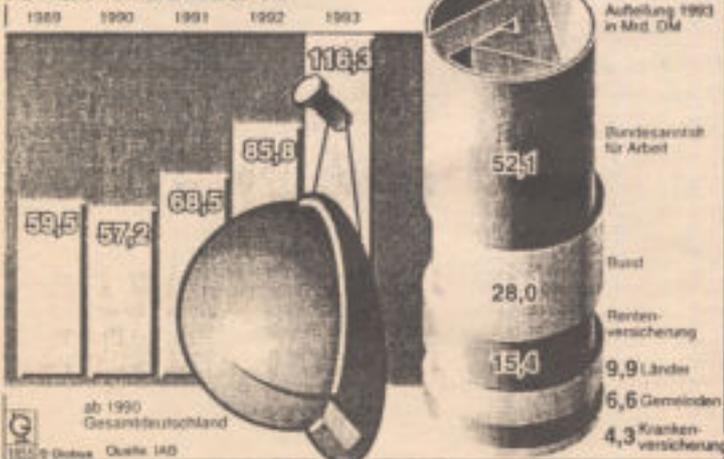
Einer trage des anderen Last?

Vor dem Hintergrund ständig steigender Arbeitslosenzahlen noch von "Vollbeschäftigung" zu reden, zeugt von einer grenzenlosen Unbekümmertheit gegenüber den Erkenntnissen der Nachkriegssoziologie und den Gesetzen der Marktwirtschaft. Marktwirtschaft bedingt Arbeitslosigkeit. Wer sich zu unserem Wirtschaftssystem bekennt, sollte eigentlich wissen, daß Unternehmen Gewinne machen müssen, um sich am Markt zu behaupten. Die Konkurrenz schläft nicht. In dem gnadenlosen Kampf um Marktanteile gibt es keine Atempause. Pressen oder Gefressenwerden - dieses Naturgesetz der Marktwirtschaft zwingt die Unternehmer, die Kosten für die Produktion zu senken. Also: dort produzieren, wo es jetzt schon billiger ist und/oder Löhne und Lohnnebenkosten senken, Maschinenlaufzeiten verlängern - sprich: den Arbeitnehmern Nacht-, Feiertags- und Schichtarbeit aufzwingen- und natürlich rationalisieren, was das Zeug hält. Menschen statt Maschinen ist immer noch die billigste Lösung. Es ist geradezu grotesk, von einem Unter-

nehmer eine "Personalpolitik gegen den Trend" zu erbiten. Er kann es nicht, auch wenn er es wollte. Er würde untergehen und mit ihm seine Beschäftigten. Politik als Bittstellerin - deutlicher lassen sich die wahren Machtverhältnisse in diesem unserem Lande nicht dokumentieren. Moralische Appelle an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Arbeitgeber sind nicht nur naiv, sie sind auch das Eingeständnis, daß Politik den ökonomischen Zwängen ohnmächtig gegenübersteht. Im übrigen hat man Jahrzehntelang die Unwirtschaftlichkeit realsozialistischer Gesellschaftssysteme an der "versteckten Arbeitslosigkeit" - sprich Überbesetzung von Stellen - festgemacht, um sie jetzt von einem marktwirtschaftlich denken müßenden Unternehmer zu verlangen. "Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus", so lautete bereits 1960 (!) der schlichte, aber wahre Befund der Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt. Wir schaffen immer mehr Reichtum und brauchen dazu immer weniger menschliche Arbeit. Eigentlich könnte das ein Segen und eine Befreiung sein, müßten nicht die meisten von uns ihren Lebensunterhalt auf diese langsam altmodisch werdende Art und Weise bestreiten. Daß es kein Segen ist, liegt hauptsächlich daran, daß der Reichtum ziemlich ungleich verteilt ist. Die

Was Arbeitslosigkeit kostet

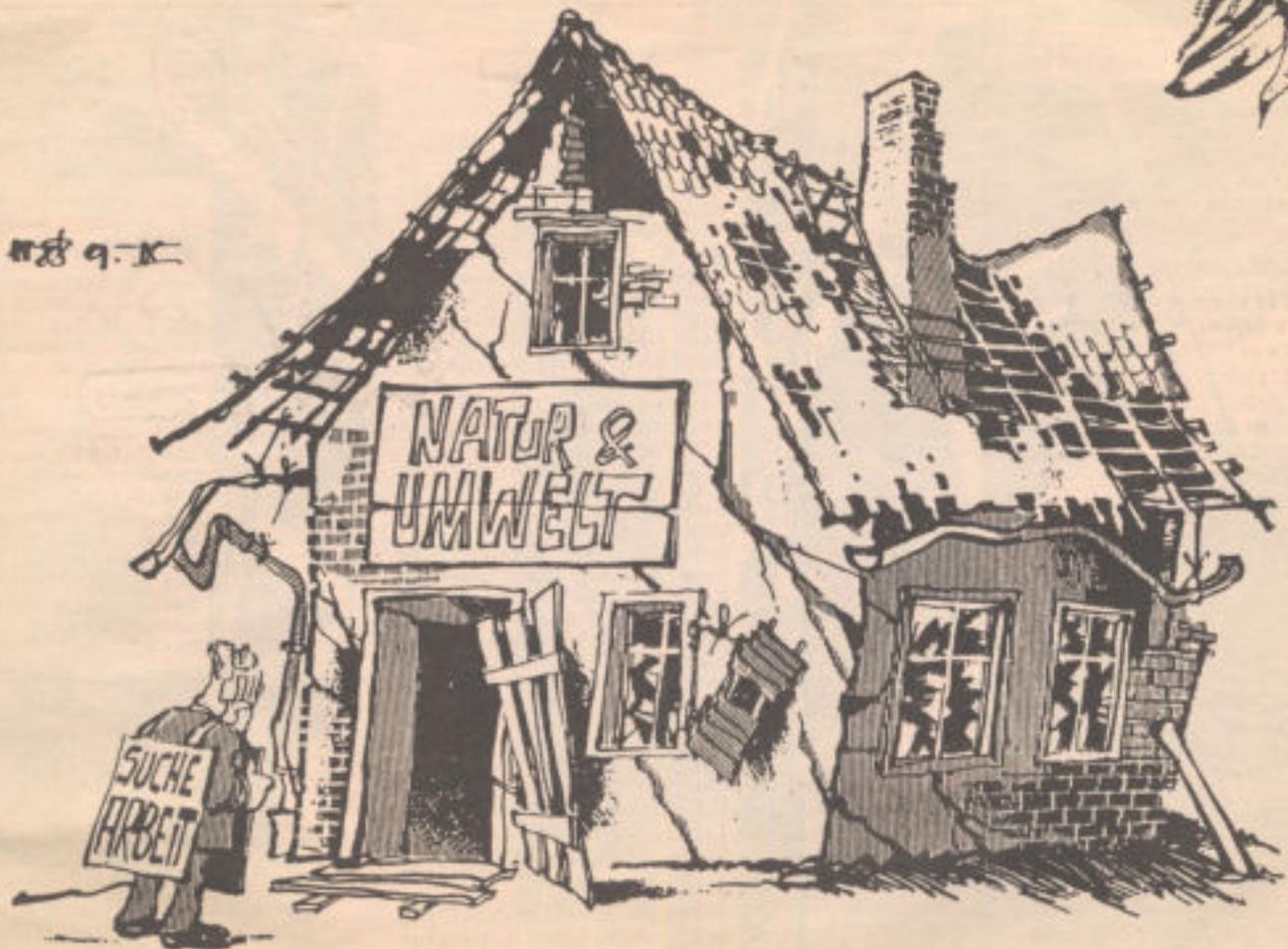
Durch Arbeitslosigkeit verursachte Ausgaben und Mindereinnahmen in Milliarden DM



WEIT ÜBER 100 MILLIARDEN DM kostet die Arbeitslosigkeit in Deutschland in Wirklichkeit. Denn zum Arbeitslosengeld bzw. der Arbeitslosenhilfe kommen nach den Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hohe zusätzliche Mehrausgaben für die Renten- und Krankenkassenbeiträge, Sozialhilfe, Wohngeld, usw. Außerdem ergeben sich beträchtliche Mindereinnahmen bei der Sozialversicherung und beim Fiskus, denn wer keine Arbeit hat, entrichtet auch weniger Steuern.



1989



„Hallo?... Ich fragte, gibt's hier vielleicht was zu reparieren?... Hallo?“

(Karikatur: Horst Haitzinger)

deutschen Unternehmer haben zusammengenommen etwa 800 Mrd. DM auf ausländischen Konten liegen. Für diese gigantische Summe zahlen sie weder Steuern, noch investieren sie sie in neue Arbeitsplätze. Obendrein sind ihre Einkommen seit 1982 viermal so stark gestiegen wie die Einkommen von Lohnempfängern. In ihrem Appell an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Arbeitgeber glaubte Frau Bergmann, dies wohl nicht ausdrücklich erwähnen zu müssen. Gewußt haben muß sie es schon, denn ihr Parteilfreund Wolfgang Thierse machte in der Podiumsdiskussion, die den o.g. Fachkongreß abschloß, gerade diesen Umstand zum zentralen Punkt seiner Argumentation. Es findet sich auch kein Wort in der "Berliner Erklärung" über ein von der persönlichen Arbeitsleistung unabhängiges Mindesteinkommen für alle Menschen. Wichtig war es der Berliner Senatorin hingegen, in der Frage der Arbeitszeitpolitik

"an die volkswirtschaftliche Vernunft der Tarifparteien (zu) appellieren". Denn: "zukünftig muß die Arbeitszeitpolitik ... weitgehend kostenneutral ... realisiert werden". Also: "Kostenneutral" kann sich nur auf die Unternehmer beziehen. Wenn aber die gleichen Lohnkosten auf mehr Arbeitnehmer verteilt werden sollen, dann bedeutet das nach Adam Riese, daß jeder Arbeitnehmer im Endeffekt weniger verdient, um dem Unternehmer den gleichen Gewinn zu garantieren. Andererseits, so heißt es in der "Berliner Erklärung" weiter, "kann durch Arbeitszeitverkürzung in der Kombination mit Mehrschichtsystemen die Maschinenlaufzeit verlängert werden". Und: "All dies erhöht die Kapitalrentabilität und verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen". Mit anderen Worten: der Arbeitnehmer soll aus Solidarität mit seinen arbeitslosen Kollegen auf einen Teil seines Lohns verzichten und bereit sein,

im Mehrschichtensystem "kostenneutrale" Nacht- und Feiertagsarbeit zu leisten. Außerdem übernimmt er auf diese Weise sogar völlig selbstlos die gesamtgesellschaftliche Verantwortung des Arbeitgebers, dem die "Berliner Erklärung" nicht die geringsten Kosten aufbürdet. "Einer trage des anderen Last" - mit klaren Rollen-zuweisungen, wer den einen und wer den anderen spielen soll.

Wachstum und Beschäftigung ?

Frau Bergmann hätte sich ihren Appell also sparen können. Aus dem teuflischen Kreislauf der Marktwirtschaft - Konkurrenz-Zwang zur Rationalisierung-Arbeitslosigkeit - gibt es kein Entrinnen. Die in der "Berliner Erklärung" benutzte Formel "Wachstum und Beschäftigung" kann nicht aufgehen. Daß die Zeichen der Zeit auf "Wachstum mit immer weniger Beschäftigung" stehen, muß man nun wirklich niemandem

mehr erklären. Auch wenn Frau Bergmann die Realisierung der "Berliner Erklärung" von einem "eindeutigen politischen Willen", einem koordinierten Vorgehen und "Runden Tischen" aller gesellschaftlichen Gruppen abhängig macht, die Interessen der Arbeitgeber auf der einen und der Arbeitnehmer und Arbeitslosen auf der anderen Seite widersprechen sich grundsätzlich und lassen sich nicht auf einen Nenner bringen.

So richtig und wichtig viele Bestandteile der "Berliner Erklärung" sein mögen und, so nötig und mutig es ist, in dieser zentralen Frage unseres Zusammenlebens politischen Gestaltungswillen zu zeigen und eine Utopie zu formulieren, so unabdingbar ist es auch, daß diese Utopie mit beiden Beinen auf dem Boden der Realität steht. Der "Berliner Erklärung" geht es wie dem Himmelreich Gottes; sie ist leider "nicht von dieser Welt".
Uwe Wiedenstried

INFOS - RECHT

Aufdeckung von 'Leistungsmißbrauch'

Spätestens seit der Hinweis auf den Fragebogen im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung abgedruckt wird, ist den meisten bekannt, daß § 21 Abs. 4 SGB X die Finanzbehörden in bestimmten Fällen verpflichtet, dem Arbeitsamt Auskunft über die ihnen bekannten Einkommens- und Vermögensverhältnisse u. a. der Antragsteller und Leistungsempfänger zu erteilen.

Nicht so bekannt ist die Möglichkeit, daß die Finanzbehörden auch von sich aus, also nicht erst aufgrund eines Auskunftersuchens des Arbeitsamtes, tätig werden können. Die Grundlage hierfür lieferte das "Mißbrauchsbekämpfungsgesetz" (StMBG) vom 21.12.1993, mit dem die sog. "Abgabenordnung" ergänzt wurde. In § 31a der Abgabenordnung wurde unter der Überschrift "Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmißbrauchs" folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Die Finanzbehörden sind berechtigt, den Sozialleistungsträgern und Subventionsgebern Tatsachen mitzuteilen, die zur Aufhebung eines Verwaltungsaktes, aufgrund dessen Sozialleistungen erbracht worden sind oder erbracht werden, zur Erstattung von Sozialleistungen führen können oder subventionserheblich im Sinne des § 264 Abs. 7 StGB sind. Eine Verwendung der mitgeteilten Tatsachen für andere Zwecke ist nur unter den Voraussetzungen des § 30 Abs. 4 und 5 zulässig."

Sozialhilfe bei Umschulung

§ 26 Satz 1 SGB II schließt einen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt für die Teilnahme an einer Umschulung nach §§ 47 f. APG nicht aus.

Ob eine berufliche Bildungsmaßnahme eine echte Umschulung darstellt oder den Charakter einer - von § 26 Satz 1 SGB II erfaßten - ersten Berufsausbildung hat, ist nicht aus § 26 Satz 1 SGB II herzuleiten, sondern aus der Sicht des APG zu bestimmen.

(Beschluss des OVG Hamburg vom 26. Feb. 1993, Bz IV 1/93)

Höhere Bemessungsgrundlage

für Arbeitslosengeld

Das Arbeitslosengeld wird zwar grundsätzlich nach der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit bemessen, auch wenn im Arbeitsvertrag eine höhere Stundenzahl vereinbart worden ist. Diese höhere Stundenzahl kann aber dann maßgebend sein, wenn der Tarifvertrag es zuläßt, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf eine längere Wochenarbeitszeit als im Tarifvertrag vereinbart verständigen.
(BSG Kassel vom 25. Jan. 1994 7 RAR 26/93)

Unterhaltsleistungen an

Lebenspartner absetzbar

Unterhaltsleistungen entstehen in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Steuerpflichtigen zwangsläufig, wenn dem hilfsbedürftigen Partner die Sozialhilfe im Hinblick auf das Zusammenleben verweigert wird. Diese Unterhaltsleistungen können als außergewöhnliche Belastung besonderer Art, also ohne Gegenrechnung einer zumutbaren Eigenbelastung bis zu einem Höchstbetrag von 6.300,- DM steuerlich abgesetzt werden.

(Bundesfinanzhof München vom 21. Sept. 1993 BStBl 1994 II, S. 236)

Kürzere Anspruchsdauer bei Sperrzeit

Bisher minderte sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld um die Tage einer Sperrzeit, in der Regel also um 12 Wochen. Ab 1995 gilt jedoch eine tiefgreifende Verschlechterung. § 110 Satz 1 Nr. 3 AFG sieht diese Verschlechterung prinzipiell zwar schon seit 1993 vor, die Übergangsregelung von § 242a AFG hat jedoch bis jetzt das Schlimmste verhütet und die Anwendung auf ganz wenige Einzelfälle beschränkt. Damit ist es ab nächsten Jahr vorbei. Arbeitslose, die eine ungekürzte Sperrzeit nach § 119 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 wegen Arbeitsplatzverlustes erhalten, haben nun mit einer Kürzung der Anspruchsdauer um ein Viertel zu rechnen. Betroffen sind vor allem Ältere und vorher lange Zeit Beschäftigte. Bei diesen kann die Verringerung bis zu 8 Monate (ein Viertel der maximalen Anwartschaft von 32 Monaten) betragen. Aber auch der durchschnittliche Arbeitslose ist betroffen, weil sich z.B. bei einem Grundanspruch von 112 Tagen (1 Jahr) der Anspruch um 78 Tage (also 13 Wochen) kürzt, obwohl die eigentliche Sperrzeit "nur" 12 Wochen beträgt.

Kein Arbeitslosengeld für Alleinerziehende

Hat eine alleinerziehende Mutter wegen fehlender Betreuung für ihr Kind keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, so ist ihr die niedrigere Arbeitslosenhilfe neben dem staatlichen Erziehungsgeld zu zahlen. (Sozialgericht Dortmund vom 31. März 1994 - S 5 Ar 44/93)

Keine Sozialhilfe für Schwangere in Ausbildung

Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des AFG oder BAföG dem Grunde nach förderungsfähig ist, sind nach § 26 Satz 1 SGB II auch dann von Hilfe zum Lebensunterhalt für die Ausbildung ausgeschlossen, wenn sie - betrieben wie die Ausbildung nicht - aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen (hier: Schwangerschaft) keinen Arbeitsplatz finden könnten.

Ein besonderer Härtefall i.S. von § 26 Satz 2 SGB II liegt vor, wenn die Folgen des Ausschlusses nach § 26 Satz 1 SGB II über das Maß hinausgehen, das regelmäßig mit der Veragung der Hilfe zum Lebensunterhalt für eine Ausbildung verbunden ist und auch mit Rücksicht auf den Gesetzeszweck, die Sozialhilfe von den finanziellen Lasten einer Ausbildungsförderung freizuhalten, als übersäßig hart erscheinen.

(BVerwG, Urteil v. 14. Okt. 1993, S C 16.91)

Vollzeitjob nicht zumutbar

Arbeitslos ist eine vom Arbeitsamt angebotene Vollzeitstelle unzumutbar, wenn sie wegen der Betreuung eines Kindes lediglich eine Teilzeitstelle suchen. Wenn sie ein Angebot für einen Vollzeitjob ablehnen, darf ihnen das Arbeitsamt weder die Leistung streichen noch eine Sperrzeit verhängen.

In vorliegendem Fall hatte das Landessozialgericht Mainz einen Kläger rechtgegeben, der wegen der Betreuung seines Kindes eine Vollzeitstelle sowie eine "berufliche Wiedereingliederungsmaßnahme" abgelehnt hatte. Die daraufhin vom Arbeitsamt vorgenommene Einstellung des Arbeitslosengeldes erklärte das Gericht für rechtswidrig. Dem Kläger stünde wegen der Kinderbetreuung ein sog. Teilzeitprivileg zu.

(LSG Mainz - L 1 Ar 86/91)

Am 16. Oktober
sind auch Kommunalwahlen

Das Zünglein an der Waage



Frohe Botschaft für alle, die mit Reichtümern nicht gerade gesegnet sind: Ein guter Rat muß nicht teuer sein! Das gilt zum Beispiel auch für den Rat der Stadt Münster, über dessen Zusammensetzung die Wählerinnen am 16. Oktober entscheiden werden. Diese Entscheidung, die das politische und soziale Klima Münsters für mindestens die nächsten fünf Jahre prägen wird, kostet nichts weiter als ein wenig Energie: das Nachdenken über das, was schlecht läuft und was besser laufen könnte, der Gang ins Wahlbüro, das Kreuzchen an einer ganz bestimmten Stelle....

Gerade für Arbeitslose, für SozialhilfeempfängerInnen und für Leute ohne Dach über'm Kopf - für alle die also, die von Normen und Instanzen ohnehin schon weitgehend entrechtet werden - geht es am 16. Oktober um sehr viel. Es geht darum, die kalte Politik der Selbstgerechten endlich abzuwählen und sich für eine gerechtere und sozialere Politik stark zu machen.

Bonner Politik auf Kosten der Armen

Und das nicht nur auf Bundesebene, wenngleich hier natürlich die entscheidenden beschäftigungs- und sozialpolitischen Hebel in Bewegung gesetzt werden. Fragt sich nur, in welche Richtung. Ein trauriger Blick auf die Un-Taten der schwarz-gelben Unternehmerlobby in Bonn zeigt, daß diese frei nach dem Motto: 'Der Markt wird's

schon richten' in tiefster arbeitsmarktpolitischer Agonie liegt. Bewährte Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Fortbildung und Umschulung (FuU) werden rigoros zurückgefahren. Dafür begünstigt man die Unternehmer, wo es eben geht. Nur leider investieren die die milden Gaben lieber in Festgeldkonten als in Arbeitsplätze. Gleichzeitig werden die Lohnersatz- und Sozialhilfeleistungen drastisch gekürzt bzw. gedeckelt. Und so weiter, und so weiter.

Im letzten Jahr beispielsweise sind die Unternehmergewinne um 7,5%, die ArbeitnehmerInnen-Einkommen jedoch nur um 1,6% gestiegen. Das klingt harmloser als es ist. Berücksichtigt man nämlich die jeweilige Basis dieser Steigerungsraten, so wird klar, daß die Einkünfte der beiden Gruppen mit galaktischer Rasanz auseinanderdriften. Und dann sind da ja auch noch die sechs Millionen Leute ohne Arbeit und ohne Einkommen. Doch nur kein Sozialneid, bitte. Da sel Möllemann vor!

Was tut die Stadt Münster ?

Klar, daß die kommunale Sozial- und Beschäftigungspolitik mit ihren begrenzten Spielräumen dieser zentralgesteuerten Politik der sozialen Spaltung nur wenig entgegensetzen kann. Dennoch sind auch auf kommunaler Ebene Akzentuerungen in die eine oder andere Richtung durchaus möglich. Schauen wir uns



also mal die bisherige Linie der Stadt Münster in puncto Arbeitslosigkeit und Armut an.

Fakt ist,

- daß der städtische Förderkopf zur Aufstockung der ABM-Gehälter von 75% auf 100% des üblichen Nettoeinkommens bisher nur für SozialhilfeempfängerInnen reserviert ist und für gerade mal 15 Stellen reicht,

- daß die Stadt SozialhilfeempfängerInnen verstärkt zu unqualifizierten und nicht sozialversicherungspflichtigen Gelegenheitsarbeiten (sogenannten 'Hilfen zur Arbeit') heranzieht,

- daß das Programm 'Arbeit statt Sozialhilfe' nicht wie in vielen anderen Kommunen, beispielsweise Dortmund, Steinfurt und Essen, mit städtischen Mitteln über die eingesparte Sozialhilfe hinaus bis zum Tariflohn aufgestockt wird,

- daß das neue Übernachtehaus an der Bahnhofstraße keine Erweiterung der Wohnraumkapazität für die zunehmende Zahl der Wohnungslosen bedeutet; daß das Sozialamt von den Bewohnern dort zum Teil aberwitzige Mietgebühren einfordert, obwohl es den Wohnungslosen mit 15 Mark nicht einmal den täglichen Regelsatz von 17,22 Mark auszahlt; daß ein niederschwelliges Wohnangebot für wohnungslose Frauen nach wie vor völlig fehlt,

- daß der Münsterpaß, der Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen Preisermäßigungen in kommunalen Einrichtungen, vor allem auch im öffentlichen Nahverkehr bringen könnte, von der Stadt nicht akzep-

tiert, geschweige denn unterstützt wird.

Die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung des Hauses Veltmann (das ist Münsters Wirtschaftsdezernent!) verstrickt sich mit unschöner Regelmäßigkeit in den Faltschnüren, die die heimische Unternehmerschaft hinterlistig ins kommunale Terrain streut - siehe Preußen-Park, siehe Kongreßhotel, siehe das mysteriöse Last-minute-Scheitern des Mediamarkt-Projektes vor einigen Jahren. Aus dieser Ecke ist also auch kein positives Signal für mehr Arbeitsplätze zu erwarten.

Hoffnung kommt eigentlich nur auf, wenn man sich ein wenig näher mit den Kommunalwahlaussagen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL beschäftigt.

Was will Rot/Grün ?

Stichwort Beschäftigungspolitik: Beide Parteien plädieren für die Einrichtung kommunaler Beschäftigungsgesellschaften. GAL-Fraktionschef Dr. Uwe Baumann: "Diese Gesellschaften werden aber nicht mit bereits bestehenden Einrichtungen, wie beispielsweise den Wohlfahrtsverbänden, konkurrieren, sondern dazu beitragen, daß Leute mit schwächeren oder zur Zeit nicht nachgefragten Qualifikationsprofilen wieder auf den ersten Arbeitsmarkt zurückfinden."

SPD und GAL fordern unisono, daß Beschäftigungsinitiativen und soziale Projekte wie 'Chance e.V.', 'Rümpelfix' oder 'Blaue Gemeinschaft' mehr als



bisher unterstützt und außerdem die kommunalen ABM-Fördermittel deutlich aufgestockt werden. Dies ließe sich beispielsweise durch eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer finanzieren. Hierzu Marion Tüns, SPD-Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin: "Daß Eigentum auch Pflichten mit sich bringt, steht ja schon im Grundgesetz. Die Höhe der Gewerbesteuer in Münster liegt gegenwärtig im Mittelfeld vergleichbarer Städte. Da ist eine leichte Anhebung also durchaus vertretbar."

Stichwort Sozialhilfe: In der auch von CDU und FDP geschürten Mißbrauchsdebatte sehen Grüne und SPD eine fatale Tendenz zur weiteren Diskriminierung der von Armut betroffenen Mitbürgerinnen. Beide Parteien werden stattdessen den Zugang zur Sozialhilfe durch Abbau bürokratischer Hürden erleichtern und kommunale Programme wie 'Arbeit statt Sozialhilfe' oder 'Qualifizierung statt Sozialhilfe' finanziell und personell besser ausstatten. "Ein Drittel der Sozialhilfeempfänger sind Kinder und Jugendliche", beklagt Birgit Edler, sozialpolitische Sprecherin der GAL-Fraktion. "Wir werden die berufliche Qualifizierung dieser Jugendlichen verstärkt fördern, um sie aus dem Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und Armut herauszuführen."

Sehr problematisch ist auch die Lage alleinerziehender Frauen. Birgit Edler: "Der sogenannte Ausfall des Ernährers ist schon in fast einem Drittel der Fälle Ursache des Sozialhilfebezuges, Tendenz steigend. Hier müssen unbedingt mehr Kindergartenplätze mit

Ganztagsbetreuung her, um den betroffenen Frauen den Einstieg in eine Arbeit oder Qualifizierung überhaupt zu ermöglichen." Der auf Betreiben der SPD eingerichtete EG-Fonds 'Bildung statt Sozialhilfe' ist auch ein Schritt in die richtige Richtung. Marion Tüns von der SPD: "Dieses Förderprojekt werden wir auch dann weiterführen, wenn der EG-Topf ausgeschöpft ist."

Die unter dem Decknamen 'Hilfen zur Arbeit' firmierenden Zwangsverpflichtungen des Sozialamtes lehnen SPD und GAL rigoros ab. Worum handelt es sich eigentlich bei den mysteriösen 'Hilfen zur Arbeit'? Alle, die mit der sozialen Realität hierzulande nicht so gut klarkommen, mögen bitte während der folgenden Zeilen die Augen schließen. Für zwei Mark 'Aufwandsentschädigung' pro Stunde werden SozialhilfeempfängerInnen zu unqualifizierten Verrichtungen a la Rüben ziehen oder Promenade fegen zwangsverpflichtet. 'Einkommens'-Obergrenze pro Monat: 260 Mark. Arbeitslosenversicherung: null. Rentenversicherung: null. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: null. Bei Ablehnung dreht das Sozialamt an der finanziellen

Alter	Personen (absolut)	Personen (%)	Anteil aller Personen d. jew. Altersgr. an der Bevölk. insg. (%) *
0 - < 3 Jahre	727	8,4	2,9
3 - < 6 Jahre	706	8,0	2,9
6 - < 10 Jahre	809	9,2	3,4
10 - < 16 Jahre	865	9,9	4,7
16 - < 18 Jahre	228	2,6	1,6
18 - < 25 Jahre	598	6,8	12,7
25 - < 30 Jahre	795	9,1	13,7
30 - < 45 Jahre	2.026	23,1	23,4
45 - < 65 Jahre	1.244	14,2	20,7
65 Jahre u. älter	764	8,7	14,1
Insgesamt	8.772	(100)	(100)

Anzahl und Struktur der SozialhilfeempfängerInnen in Münster

Daumenschraube. Alle empfindlichen Naturen können ihre Augen wieder aufmachen.

Der mit höheren Bonner Weihen liebäugelnde CDU-Fraktionsvorsitzende Ruprecht Polenz konstatiert in Münster eine wahlwirksame Zufriedenheit der Satten. Daß die Unzufriedenen und weniger Satten bei der Kommunalwahl am 16. Oktober durchaus ein Wörtchen mitzureden haben, mag folgendes Rechenexempel veranschaulichen.

wahlberechtigte SozialhilfeempfängerInnen, die nicht arbeitslos gemeldet sind, sowie - vorsichtig geschätzt - 300 wahlberechtigte und nicht arbeitslos gemeldete Wohnungslose. Macht summa summarum ca. 11.200 unmittelbar von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffene WahlbürgerInnen. Das sind bei rund 207.000 wahlberechtigten MünsteranerInnen immerhin 5,4% derjenigen, die mit ihrem Kreuzchen auf dem Wahlzettel den weiteren sozialpolitischen Kurs in Münster vorzeichnen werden. Doch da sind ja auch noch die mittelbar vom sozialen Abstieg Betroffenen, also beispielsweise nicht arbeitslose LebenspartnerInnen, und nicht zu vergessen die Leute, die in keiner behördlichen Arbeitslosigkeits- oder Armutsstatistik auftauchen, die sogenannte Dunkelziffer. Da läppert sich auch bei zurückhaltender Schätzung ganz schnell ein Potential von 7% bis 8% der Wahlberechtigten zusammen. Soviel dürften die hiesigen Liberalen trotz Möllemann-Bonus kaum auf die Beine bringen. Also: am 16. Oktober wählen gehen! Wer wählt, gewinnt. Nicht die Blau-Geiben, sondern wir sind das Zünglein an der Waage. Wenn nicht mehr.

Die 5-Prozent-Hürde ist kein Problem!

Beim Arbeitsamt sind etwa 7.800 wahlberechtigte Arbeitslose gemeldet. Hinzu kommen ungefähr 3.100



Trendwende auf dem Wohnungsmarkt - Auch im Sozialwohnungsbau ?



Zwei Meldungen gingen in letzter Zeit durch die Gazetten: Einerseits das Wohnungsbauförderungsgesetz 1994, andererseits die Meldungen über sinkende Wohnungsmieten. Eine Meldung, die die Wohnungsbauministerin Schwastzer (FDP) als einen Erfolg ihrer Wohnungsbaupolitik bejubelte: Der Wohnungsbau laufe 1994 "wieder zur Höchstform auf". Der erste Eindruck gibt Frau Schwastzer recht. 520.000 neue Wohnungen werden in diesem Jahr erstellt. Grund genug, einmal zu beleuchten was dabei für den sozialen Wohnungsbau herausgesprungen ist.

Die Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre ist gekennzeichnet von einem Rückzug staatlicher Förderung sozialen Wohnungsbaus:

- 1983 wurde das Mietengesetz geändert: Mieterhöhungen wurden dadurch deutlich erleichtert.

- Mitte der achtziger Jahre wurde der soziale Wohnungsbau praktisch eingestellt: Nur noch 50.000 Sozialwohnungen wurden jährlich errichtet gegenüber 100.000 zwischen 1970 und 1980.

- Ende der achtziger Jahre wurde der soziale Wohnungsbau wieder aufgenommen, allerdings mit einer entscheidenden Einschränkung: Die Sozialbindung wurde erheblich reduziert, eine Mietpreisbindung und die Pflicht zur Belegung mit einkommensschwachen Mietern wurde von früher 30 Jahren auf acht bis zehn Jahre verringert.

- 1990 wurde dann die Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft; damit wurde die Bindung an die Kostenmiete für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen aufgehoben.

- 1994 wurde das Wohnungsbauförderungsgesetz geändert: Die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau wurden angehoben, dadurch konkurrieren immer mehr Berechtigte um immer weniger billigen Wohnraum.

An diesen wohnungsbaupolitischen Fakten läßt sich sehr viel besser die tatsächliche Einstellung einer Regierung ablesen, als an jeder irgendwie gearteten Aussage eines Politikers.

Nun ist es aber so, daß generell die Mittel für einen sozialen Wohnungsbau immer vorhanden waren. Allein 1992 standen über 50 Milliarden DM für staatliche Bauförderung zur Verfügung. Es ist aber unstrittig, daß davon vor allem Immobilien-Eigentümer und "Hausbauer" profitieren, und dabei umso mehr, je mehr sie verdienen. Die Gelder für den Wohnungsbau werden zu einem großen Teil Immobilien-Spekulanten förmlich in den Rachen geschoben. Als Kapitalanlage waren Immobilien immer schon besonders profitabel: Mietsprünge weit über den allgemeinen Preissteigerungen, ein garantierter Wertzuwachs der Immobilien und eben großzügige staatliche Steuergeschenke machten sie zu der Anlageart. Fataler Nebeneffekt: ehemals preiswerte Altbauwohnungen werden für die sozial schwachen Mitbewerber unbezahlbar. 100.000 Altbauwohnungen werden jährlich zu Abschreibungs- und Spekulationsobjekten, zu Büroraum umgestaltet oder wegen Grundstücksspekulationen etc. abgerissen.

Teure Mieten können aber nur von finanzstarken Mietern gezahlt werden. So entstanden aufgrund der milliardenschweren Steuergeschenke reichlich teure Luxusherbergen. Es fehlen aber immer noch mindestens zwei Millionen preiswerte Wohnungen. Otto Normalverdiener muß weiterhin überhöhte Mieten zahlen oder darf mit der Obdachlosigkeit vorliebnehmen. Die Zahl der Menschen, die diesem "Wettbewerb" ausgeliefert sind, ist enorm, da der Anteil von Hauseigentümern in Deutschland eher gering ist. Hier beißt sich aber die Katze in den Schwanz: Hohe Mieten bei geringem

Einkommen führen zu einer verstärkten Inanspruchnahme von Wohngeld und steigern damit die Kosten im Sozialbereich.

Desweiteren wirkt sich das auch im wirtschaftlichen Kreislauf aus: Geld, das für Mieten aufgebracht werden muß, fehlt für den allgemeinen Konsum. Sichtbares Zeichen dafür: Trotz steigender Konjunktur stagniert die Binnennachfrage. Auch

bei Lohnverhandlungen bleiben den Arbeitnehmern keine Spielräume mehr. Wer kann Lohnverzicht üben, wenn er nicht mal weiß, wie er seine nächste Miete noch bezahlen soll.

Als Resümee bleibt ein Zitat aus der "Zeit" vom 05.03.1993: "Das Geld wird zum großen Teil von unten nach oben verteilt, beim Thema Bauen und Wohnen steht der Sozialstaat Kopf".



DER ANSTIEG DER MIETEN scheint allmählich gebremst. In den vergangenen Jahren waren Aufschläge von zehn Prozent bei Neuvermietung üblich. Nun beobachtet der Ring Deutscher Makler einen moderateren Anstieg zwischen 0,4 und vier Prozent. In München werden danach bei Neuvermietung für Wohnungen mit mittlerem Wohnwert Nettokaltemieten von fast 18 DM verlangt.



WOHNEN WIRD VOR ALLEM in den Großstädten immer teurer. Damit auch einkommensschwache Gruppen sich ihr Dach über dem Kopf leisten können, gibt es in Deutschland das Wohngeld, das nach Haushaltgröße, Familienstand, Einkommen und Miethöhe gestaffelt ist. Insgesamt erhalten im Osten 30 Prozent aller Haushalte Wohngeld, im Westen dagegen nur sechs Prozent.

Alternativen zur Sozialhilfe ?

"Die Sozialhilfe ist ein Auslaufmodell!" Mit dieser provokanten These der Veranstalter begann ein Informationsabend zum Thema: Bürgergeld oder Grundsicherung: Alternativen zur Sozialhilfe?

Das Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation und das Netzwerk Selbsthilfe Münsterland hatten eingeladen in den Aegidiihof. Zunächst mußten Referenten und Zuhörer eine Wertung zur Eingangsthese abgeben: Die Meinung war überwiegend zustimmend. Bei der anschließenden Vorstellung der Fakten und der politischen Reformwürfe wurde auch klar, wo es hapert und wieso ein Reformbedarf besteht.

Erika Biehn von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen schilderte, wie Frauen, Familien, Arbeitslose und Alte von Armut betroffen sind. "Auf diesen Umfang ist das Bundessozialhilfegesetz 1962 nicht angelegt worden." Krasse Ungleichverteilung von Arbeit und daraus erworbenem Einkommen sah Martin Henke vom Diakonischen Werk als wichtigsten Hintergrund für die Armut. Neben dem Armutsumfang liege ein besonderes Problem in der Vielzahl und der Unüberschaubarkeit von Sozialleistungen, den damit befaßten Ämtern und der Unterschiedlichkeit der jeweiligen Vorschriften.

Für die CDU-Wirtschaftsvereinigung sieht Martin Leicht die Verwaltungsvereinfachung, den Abbau von Mißbrauch und finanzielle Anreize zur Aufnahme von Arbeit als Ziele einer Reform. Die CDU verfolgt das Konzept Bürgergeld, verbunden mit der Einkommenssteuer. Wer wenig oder gar nicht verdient, erhält vom Finanzamt Sozialleistungen entsprechend seines Bedarfs in Form einer negativen Einkommenssteuer. Wer mehr verdient, erhält Sozialleistungen verrechnet mit der zu zahlenden Einkommenssteuer. Dies sei zielgenauer, erheblich einfacher zu durchschauen für die Bürger und vereinfache den Verwaltungsaufwand. In der Vergangenheit hatte grüne Politik für die Einführung eines Mindestein-

kommens sich darauf gerichtet, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht und darum Alternativen für ein Leben ohne Arbeit entwickelt werden müssen. "Heute geht es um eine menschenwürdige materielle Grundsicherung", beschrieb die Bundestagskandidatin Andrea Fischer (Bündnis 90/Grüne) die Eckdaten ihrer Politik. Die Grundsicherung müsse vereinfacht und kundenorientiert sowie entsprechend des jeweiligen Bedarfs vergeben werden, aber auch denen gegenüber vertretbar sein, die sie zu bezahlen haben.

In der Diskussion wurde klar, daß es bei vielen Zielen, besonders bei der Arbeitspolitik, keine Einigkeit der politischen Gegner geben wird. Eine positive Überraschung löste Herr Leicht bei seinen Gesprächspartnern aus, als er forderte, die Arbeitsverpflichtung aus dem Sozialhilfegesetz zu löschen.

Über die Notwendigkeit der Verwaltungsvereinfachung und einer menschenwürdigen Vergabe von Sozialleistungen waren sich alle Referentinnen einig. Dagegen stehe aber der Widerstand der Verwaltungen. Die weiteren Inhalte und Ziele der Reformmodelle lösten jedoch bei den jeweiligen PartnerInnen im Podium und beim Publikum nicht sehr große Zustimmung aus. Von daher wird eine breit angelegte Reform noch auf sich warten lassen.



Alternativmodelle zur Sozialhilfe diskutierten (v.l.n.r.): Martin Henke vom Diakonischen Werk, Martin Leicht, Wirtschaftsvereinigung der CDU, Andrea Fischer, Bundestagskandidatin Bündnis 90/Grüne und Erika Biehn von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen.

Wespennest

Aktionsgemeinschaft
Münsteraner Arbeitsloser e.V.
Grevenerstr. 67a Tel. 296681



Wir sind ein Team Betroffener, die arbeitslos waren oder es noch sind und die aus verschiedenen Berufen kommen.
Wir rufen alle Arbeitslosen zur Mithilfe, zur Mitarbeit, zum Mitdiskutieren und Demonstrieren auf.
Wir wollen Menschen mit wenig Geld in Depressierenden Tagen helfen. Das heißt: Tips und Angebote machen, wie jeder in seiner Situation besser klarkommen kann.
Wir wollen hinterfragen und beschreiben, wo sich auf den Arbeitsmarkt Möglichkeiten und Lösungen anbieten für einzelne Personen und für die ganze Gesellschaft.
Wir stehen jeden Abend ab 19.00 Uhr zur Verfügung im: Arbeitslosenzentrum "Wespennest".
Öffnungszeiten: 9.00 - 24.00 Uhr nur Arbeitsgruppen
19.00 - 24.00 Uhr allgemein
nach Vereinbarung jederzeit



Süddeutsche Zeitung
Täglich!
Wirkt ungemein
belebend.

Das Sozialamt Münster bietet seinen arbeitslosen Kunden verschiedene - je nach Sichtweise - Hilfs- oder Druckmittel an, um sie (so sagt es) in Arbeit zu bringen.

Beppo Ballermann hat zu wenig Arbeitslosengeld und erhält zusätzlich Geld vom Sozialamt. Er hat jetzt von seinem Sachbearbeiter einen Fragebogen erhalten, in den er seine Kenntnisse, seine Ausbildungs- und Berufslaufbahn eintragen soll. Er fragt sich: Muß ich das machen? Beim Arbeitsamt habe ich doch auch schon alles angegeben.

Beppo muß. Das Arbeitsamt verlangt von Beppo, daß er Arbeit in seinem Beruf annimmt; das Sozialamt dagegen kann ihn auch zu anderen Arbeiten anhalten. Es spielt keine Rolle, daß das Sozialamt Münster nur zwei Arbeitskräfte im Bereich "Hilfen zur Arbeit" zu bieten hat, die bei 1500 Arbeitslosen nicht wirklich etwas bieten können.

Beppo Ballermann muß aufpassen. Sein Sachbearbeiter kann ihm das Leben schwer machen und ist vielleicht auch etwas überfordert von all den Leuten, die ihm Mühe machen und nur schwer aus der Sozialhilfe wieder herauskommen. Beppo hatte sich beim Erstantrag auf Sozialhilfe beschwert, daß der Sachbearbeiter ihn nach Hause schicken wollte, ohne den Antrag ernsthaft zu bearbeiten. Beppo Ballermann hatte seinen Bogen abgegeben. Der Sachbearbeiter hat tatsächlich etwas gegen ihn: Einen weiteren Bogen mit vielen Kästchen in Zeilen und Spalten. Er soll sich wöchentlich auf drei Stellen bewerben. Jede Firma muß in einer Zeile ihren Namen eintragen, dann die Kontaktperson der Firma und was sich aus der Bewerbung ergeben hat plus Stempel. Alle Arbeitsangebote stünden ihm offen, auch Putzen oder Packen oder Rüben ziehen. Beppo Ballermann hat jetzt was zu tun.

Beppo hat sich inzwischen informiert. Er weiß zwar, daß es ihm keine Berufsperspektive eröffnet, die aus der Sozialhilfe herausführt, wenn er sich auf irgendwelche Aushilfsjobs

bewirbt, das Sozialamt ist aber formal im Recht. Bis 1993 mußte in der Regel der Sachbearbeiter im Sozialamt die Arbeitsunwilligkeit nachweisen, wenn er die Sozialhilfe kürzen wollte. Jetzt dagegen müssen Sozialhilfeempfänger ihre Arbeitswilligkeit nachweisen.

Beppo trifft im Sozialamt Alma Fürchtegott. Sie bezieht Sozialhilfe, weil sie den Lebensunterhalt für sich und ihren dreijährigen Sohn Carl allein aufbringen muß, aber nicht kann. Carl geht inzwischen von neun bis zwölf Uhr in den Kindergarten. Sie meint, daß sie da kaum arbeiten gehen kann - außerdem weiß sie gar nicht, was sie tun soll, wenn Carl mal krank ist. Auch Alma soll sich dreimal in der Woche bewerben. Alma wird von ihrer Sachbearbeiterin noch weniger geliebt, als Beppo von seinem. Sie hat andere Bewerbungsbögen ausgehändigt bekommen, für jedes Arbeitsangebot einen. Diese soll sie zum Beweis immer von den Arbeitgebern abstempeln lassen. Sie hat in der ersten Woche nur zwei Stempel gehabt, die Arbeitgeber waren ungehalten darüber und der dritte hat den Stempel verweigert: er wäre nicht das Schreibbüro des Sozialamtes.

Er hat recht, aber das hilft Alma nicht. Sie hat sich erschrocken und nicht weiter beworben, worauf die Sachbearbeiterin 10 % von ihrem Regelsatz abzieht und ihr drei neue Bewerbungsbögen mitgibt. Ihre nächste Woche geht sie entmutigt an - und damit läuft's auch schief. Jetzt hat die Sachbearbeiterin die nächsten 10 % gekürzt. Sie hat außerdem gewarnt, wenn die Kürzungen Alma anscheinend nichts ausmachen würden, müsse sie doch daran denken, daß auch ihr Kind von Kürzungen bedroht sei.

Beppo gibt Alma seinen Leitfaden für Sozialhilfeempfänger. Darin liest sie, daß sich die Sachbearbeiterin weitgehend im Rahmen des Rechts bewegt. Aller-

Das Sozialamt mischt die Sozialhilfeempfänger auf



dings, mit der Kürzung der Sozialhilfe für das Kind kann sie nicht kommen, und auch schon beim vollständigen Streichen von Almas Sozialhilfe muß sie schriftlich ein paar Gedanken bringen, wieso das denn angebracht ist.

Alma ist vorsichtig. Mit einer Freundin ist sie zum Sozialamt gegangen und hat ihrer Sachbearbeiterin ihre Lage erklärt. Sie bittet die Sachbearbeiterin, mit ihr einen Plan für den Wiedereinstieg zu entwickeln und sie bei der Umsetzung dieses Plans zu unterstützen. Außerdem bittet sie um Erstattung von Bewerbungskosten für Paßbilder, Kopien, Porto usw., die bei drei Bewerbungen pro Woche nicht mehr aus dem Regelsatz zu bezahlen sind. Entweder die Sachbearbeiterin geht jetzt ernsthaft auf Almas Bedürfnisse ein und macht sich viel Arbeit, oder aber sie läßt Alma in Ruhe.

Eine weitere sogenannte Hilfe zur Arbeit hat Erna Wehrmich erhalten. Sie hat eine GZ-Arbeit reingedrückt gekriegt. Das sind angeblich gemeinnützige und zusätzliche Arbeitsgelegenheiten bei der Stadt. Sie kriegt dafür zwei DM je Stunde zusätzlich zur Sozialhilfe, hat aber keinen arbeitsrechtlichen Schutz und zahlt keine Beiträge zur Sozialversicherung. GZ-Arbeiten sollen angeblich den Wiedereinstieg in die Arbeit vorbereiten.

Erna Wehrmich hatte vor der Sozialhilfe erst Lehrerin gelernt und dann ein Jahr Arbeitslosenhilfe bekommen. Erna kann sich wehren gegen die GZ-Arbeit, wenn sie ein Kind unter drei Jahren oder eine andere pflegebedürftige Angehörige hat. Hat sie ein Kind zwischen drei und sechs, dann sollen ihr vorrangig Plätze in Tagesbetreuungen angeboten werden. Sie braucht jedoch keine Sozialhilfekürzung zu erwarten, wenn sie einen zugewiesenen Platz nicht annimmt. Mütter eines schulpflichtigen Kindes

müssen zugewiesene Halbtagsstätigkeiten annehmen. Bei mehreren Kindern dagegen müssen die Sozialämter vorsichtig sein. Erna kann sich auch mit gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen gegen eine zugewiesene Arbeit wehren.

Erna hat keinen wichtigen Grund, sie muß also GZ-arbeiten. Sie geht jetzt häufig zu ihrem Abteilungsleiter. Sie fragt ihn so oft, daß es ihn schon nervt, ob es dort denn bald eine richtige Stelle gibt, jetzt, wo sie sich eingearbeitet hat.

Auch bei ihren Sachbearbeiter im Sozialamt fragt sie regelmäßig nach, wie sie nun an eine richtige Stelle kommen soll. Er weiß nicht weiter mit der arbeitslosen Frau, die ihn da bedrängt, daß sie richtig arbeiten will. Er überlegt sich, daß er beim nächsten Mal genauer hinschaut, wem er eine solche Maßnahme rein-drückt.

Kurt Kohl kennt eine andere Hilfe zur Arbeit, die Sperrzeit. Kurt hatte eine 12-Stunden-Putzstelle. Er kündigt, als der Kolonnenführer ihn mal wieder wegen Langsamkeit anmacht - und das bei dem Hungerlohn. Er meldet sich arbeitslos. Das Arbeitsamt schickt ihn zum Sozialamt. Im Sozialamt sagen sie ihm, er habe selbst gekündigt, er würde 12 Wochen Sperrzeit kriegen, da brauche er gar keinen Antrag auf Sozialhilfe zu stellen. Kurt ist schlau, er weiß, daß er jede Aussage vom Sozialamt schriftlich braucht, denn sagen läßt sich viel. Und als der Sachbearbeiter das Schreiben so überlegt, fallen ihm gar keine Gründe ein, die ein völliges Streichen der Sozialhilfe rechtfertigen würden. So erhält Kurt immerhin 80 % vom Regelbedarf, wenn auch erst mal nur auf Darlehen.

Wer sich eingehender informieren will oder muß, kann in der Sozialhilfeberatung im C.U.B.A. ein Info-Blatt erhalten.

